

II- 44 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 26 13

1979 -06- 28

A N F R A G E

der Abgeordneten Deutschmann, Dr. Paulitsch, Dkfm. Gorton, Koppensteiner  
und Genossen

an den Herrn Bundeskanzler

betreffend Behebung der Schwierigkeiten des Bundeslandes Kärnten  
und Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaftskraft

In seiner Regierungserklärung vom 27. April 1970 erklärte Bundeskanzler Dr. Kreisky wörtlich: " Eine der vornehmsten Aufgaben der österreichischen Bundesregierung wird es sein, im Rahmen ihres langfristigen wirtschaftspolitischen Konzepts vor allem in wirtschaftlich gefährdeten Gebieten für bestmögliche Förderung von zukunftsorientierten und rentablen Betriebsgründungen und Neuinvestitionen zu sorgen. Mit den der Bundesregierung zu Gebote stehenden Mitteln wird zur Verbesserung der Infra- und Agrarstruktur dieser Gebiete beigetragen werden. Die Demarkationslinie, die durch Europa geht, verläuft zu einem Teil entlang der österreichischen Grenze, und es ist daher ein Gebot demokratischer Selbstbehauptung, dafür zu sorgen, daß sich entlang dieser Demarkationslinie auf österreichischer Seite ein breiter Gürtel des Wohlstands und der Prosperität hinzieht."

Vor kurzem wurde eine Punktation für einen "Staatsvertrag" zwischen der Republik Österreich und dem Lande Kärnten nochmals versprochen, was der Bundeskanzler bereits vor mehr als 9 Jahren allgemein verkündet hat. Wörtlich heißt es in dieser Punktation: "Durch die wirtschaftliche, kulturelle und ethnische Randlage des Landes Kärnten stehen in allen Lebensbereichen gegenüber innerösterreichischen Zentralräumen erhebliche Nachteile, deren Behebung nicht nur im Interesse der Bevölkerung des Landes Kärnten, sondern auch im Interesse des Gesamtstaates Österreich liegen muß.

Die einzige Möglichkeit zur Behebung dieser Schwierigkeiten liegt in der Stärkung der Wirtschaftskraft und in der Schaffung neuer sowie Sicherung bestehender Industrie- und Gewerbebetriebe. Eine Senkung der Arbeitslosenrate, möglichste Beseitigung der saisonalen Arbeitsmarktschwankungen und Sicherung der Arbeitsplätze ist der einzig zielführende Weg, wozu neben allen Anstrengungen des Landes ein außerordentlicher Bundeszuschuß unerläßlich erscheint. Diese Mittel müssen in Kärnten zur Sicherung bestehender und Schaffung neuer Dauerarbeitsplätze sowie zur Umstrukturierung des überdimensionierten Baugewerbes zugunsten anderer Wirtschaftszweige verwendet werden."

Diese Gegenüberstellung zeigt wohl deutlich, wie die Regierung ihre Versprechungen nicht eingehalten hat. Bedauerlicherweise mußte das neuerliche Versprechen, die Schwierigkeiten des Landes Kärnten zu beheben, als ein Wahlversprechen für die kommenden Landtagswahlen aufgefaßt werden.

Aus all diesen Gründen richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

- 1) Was ist die Ursache dafür, daß Ihre Absicht "entlang der österreichischen Grenze" einen "breiten Gürtel des Wohlstands und der Prosperität" zu errichten, zumindest im Bundesland Kärnten erfolglos geblieben ist ?
- 2) Welche konkreten Maßnahmen werden Sie ergreifen, um diese Versäumnisse der letzten 9 Jahre in der Zukunft zu beseitigen ?
- 3) Wann, in welcher Höhe und in welcher Form werden Sie einen angekündigten außerordentlichen Bundeszuschuß zur Mithilfe bei der Senkung der Arbeitslosenrate, der möglichsten Be-

seitigung der saisonalen Arbeitsmarktschwankungen und der  
Sicherung der Arbeitsplätze für das Land Kärnten und dessen  
Wirtschaft bzw. Land- und Forstwirtschaft zur Verfügung stellen ?

- 4) Was außer wahltaktischen Maßnahmen hat Sie dazu bewogen, gerade  
wenige Monate vor den Landtagswahlen in Kärnten eine Reihe von  
Versprechungen in Form eines Staatsvertrages abzugeben ?